

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die ersten Monate in diesem Jahr waren ziemlich turbulent. Gleich zu Beginn überraschte ein Artikel im „Spiegel“, wonach die Beschäftigten des Zollvollzugs (17.000 Kolleginnen und Kollegen) zur Bundespolizei und damit in den Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums überführt werden sollen. Dieser Artikel überraschte umso mehr, da die BDZ-Bundesleitung zu Beginn des Jahres ein Spitzengespräch beim Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, hatte. In dem konstruktiven Gespräch erklärte der Minister, dass er an der laufenden Strukturreform festhalten und diese nach ihrer endgültigen Umsetzung evaluieren wolle. Nach am Tag des Erscheinens des Artikels, dementierte das BMF den Bericht. Staatssekretär Gatzer erklärte gegenüber dem BDZ-Bundesvorsitzenden, dass es keine Planungen gebe, Teile der Zollverwaltung in eine andere Verwaltung zu überführen. Auch der Deutsche Bundestag befasste sich auf Antrag der Fraktion der Partei DIE LINKE mit diesem Thema. Auch dort war das Ergebnis, dass eine Überführung nicht geplant sei.

Der BDZ hält an der Einheitlichkeit der Zollverwaltung fest. Daran ändern auch die derzeitigen

Probleme mit der andauernden Strukturreform nichts. Klar ist aber, dass diese Probleme endlich im Interesse der Kolleginnen und Kollegen gelöst werden müssen. Dazu müssen ARZV und BRZV, die Dienstpostenbewertung und die Beförderungsserienfolgeregelung fertig gestellt werden. Das BMF ist aufgefordert, seine Blockadehaltung aufzugeben und die entsprechenden Regelungen mit dem HPR zu vereinbaren. Die bisher vorgelegten Entwürfe waren eine Zumutung für die Beschäftigten. Danach muss, wie die in der Bundeslaufbahnverordnung vorgesehen, eine Personalentwicklungskonzept auf den Weg gebracht werden.

Die im vergangenen Jahr entstandenen Ungerechtigkeiten im Bereich der A 9 er werden durch die aktuellen Entscheidungen des BMF noch weiter verschlimmert. Das BMF hatte eine große, bundesweite Beförderungsausschreibung in Aussicht gestellt. Nun haben sich aber die Präsidentin und die Präsidenten der BFD'en, des ZKA und des BWZ dazu entschieden, eine Miniausschreibung mit Dienstposten bis zur Beförderungsseriennummer 370 durchzuführen. Die Kolleginnen und Kollegen, die im letzten Jahr einen höher bewerteten Dienstposten aufgrund der seinerzeitigen Entscheidung des BMF wieder verloren hatten, sollten jetzt eigentlich die Möglichkeit erhalten, sich auf einen Beförderungsposten zu bewerben. Diese Kolleginnen und Kollegen fühlen sich zu Recht von der Verwaltung verschaukelt. Erklären kann man das Vorgehen der Verwaltung niemanden mehr. Der



> Christian Beisch

Hauptpersonalrat hat hierzu klar und deutlich Stellung bezogen. Die Schuld an der verfahrenen Situation liegt allein bei der Verwaltung.

Wir fordern weiterhin, dass alle freien Dienstposten der Besoldungsgruppe A 9 und alle Dienstposten der Besoldungsgruppe A 8, die höher bewertet werden können, bundesweit ausgeschrieben werden. Nur so erhalten die betroffenen Beschäftigten die Möglichkeit sich erfolgreich auf einen Beförderungsdienstposten zu bewerben. Uns ist vollkommen klar, dass hierdurch der Bewertungspuffer von derzeit rund 40 % weiter ansteigen wird. Hier werden wir am Ball bleiben.

Im Januar startete die Tarif- und Besoldungsrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften sind mit einer Forderung in die Tarifrunde gegangen, die in ihrem Volumen 5 % entsprach. Neben einer linearen Forderung beinhaltet das Paket die Forderung nach einer sozialen Komponente, Wiedereinführung der Bewährungsaufstiege, Wiedereinführung einer Altersteilzeitregelung, eine Übernahmegarantie für die Auszubildenden, Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 100 Euro

und weitere strukturelle Verbesserungen des TVöD. Die Arbeitgeber haben die Forderung als maßlos und unverschämt zurückgewiesen, oder sie behaupteten, dass sie die Forderung nicht verstehen würden. So wie nicht anders zu erwarten war, legten sie in der ersten Verhandlungsrunde auch kein Angebot vor. Sie wiederholten bis zur zweiten Verhandlungsrunde lieber gebetsmühlenartig ihre bisherigen Aussagen zu der Forderung. Um entsprechenden Druck aufzubauen, riefen BDZ und dbb tarifunion in ganz Deutschland zu Warnstreik- und Protestaktion auf. Auch zahlreiche Mitglieder des BV Nord beteiligten sich an diesen Aktionen. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, die den Aufrufen gefolgt sind. Nach der dritten Verhandlungsrunde wurden die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Es folgte die Schlichtung. Kurz vor Redaktionsschluss einigten sich die Tarifvertragspartner auf einen Abschluss. Bei diesem Abschluss handelt es sich sicher nicht um ein Jahrhundertergebnis, aber um einen tragfähigen Kompromiss, der in diesen Zeiten nicht selbstverständlich ist. Besonders schmerzhaft an diesem Kompromiss ist die lange Laufzeit von 26 Monaten.

Nun muss der Abschluss, unter Berücksichtigung der Systemunterschiede, zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten und auf die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger übertragen werden. Dies hat der Bundesinnenminister in Aussicht gestellt. Nun müssen seinen Worten auch Taten folgen.

Ihr

Christian Beisch,
Bezirksvorsitzender

Impressum:

Redaktion:
Bezirksleitung des
BDZ-Bezirksverbands Nord
Christian Beisch (v. i. S. d. P.)

BDZ-Bezirksverband Nord
Mönkedamm 11
20457 Hamburg
Telefon 0 40-5 11 87 33
Fax 0 40-36 09 99 68
E-Mail: bvnord@bvnord.de
Internet: www.bvnord.de

Tarif- und Besoldungsrunde 2010

Am 13. Januar 2010 hat die diesjährige Tarif- und Besoldungsrunde für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen begonnen. Die Gewerkschaften sind mit einem Forderungspaket mit einem Volumen von 5 % in die Verhandlungen gegangen. Dieses Paket beinhaltet u. a. die Wiedereinführung einer tarifvertraglichen Altersteilzeitregelung, der Wiedereinführung der Bewährungsaufstiege, eine lineare Erhöhung sowie eine Sozialkomponente, eine Übernahme­garantie für die Auszubildenden und eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 100 Euro. Ferner sollte über die seit Jahren ausstehende Entgeltordnung verhandelt werden.

Die Arbeitgeberseite hatte diese Forderungen bereits im Vorfeld der Verhandlungen als maßlos und unverhältnismäßig zurückgewiesen und auf die leeren Kassen des Bundes und der Kommunen verwiesen.

Wie nicht anders zu erwarten war, wurden die Verhandlungen nach der ersten Verhandlungsrunde ergebnislos ver-



> Mitglieder des BV Nord in Potsdam.

trägt. Die Arbeitgeber sahen keine Veranlassung ein Angebot vorzulegen. Sie verwiesen lieber auf die leeren Kassen und erklärten, dass sie die Gewerkschaftsforderungen nicht verstehen würden und diese zu konkretisieren seien.

Die dbb tarifunion hatte zu Beginn der zweiten Verhandlungsrunde am 31. Januar in Potsdam zu einer Protestkundgebung am Verhandlungsort aufgerufen. Dem Aufruf folgten auch etliche Mitglieder des BV Nord, sodass wir uns am 31. Januar um 6.15 Uhr mit einem Bus von Hamburg aus auf den Weg nach Potsdam mach-

ten. Dort hießen wir mit über 200 Kolleginnen und Kollegen unsere Verhandlungsdelegation willkommen und „begrüßten“ die Verhandlungsführer des Bundes, Bundesinnenminister Thomas de Maizière, und der Kommunen, Thomas Böhle, mit einem Pfeifkonzert. Beide hatten nichts Besseres zu tun, als schnell in das Verhandlungsgebäude zu flüchten. Für ein paar Worte an „ihre“ Beschäftigten hatten sie keine Zeit.

Auch in der zweiten Verhandlungsrunde legten die Arbeitgeber kein Angebot vor und behielten ihre starre Haltung

bei. Der Bundesinnenminister schien völlig vergessen zu haben, dass die Bundesregierung ein paar Wochen zuvor dem Hotelgewerbe Milliarden geschenkt hatte, indem sie den Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen von 19 % auf 7 % gesenkt hatte.

Bis zur dritten Verhandlungsrunde am 10. Februar fanden in ganz Deutschland kleinere und größere Warnstreik- bzw. Protestaktionen statt. Auch Mitglieder des BV Nord beteiligten sich an Veranstaltungen am 8. Februar in Rostock und Flensburg. Am 9. Februar fand die letzte Großveranstaltung vor der dritten Verhandlungsrunde in Berlin statt. Trotz Kälte und der frühen Abfahrtszeiten beteiligten sich wieder zahlreiche Mitglieder des BV Nord an dieser Kundgebung, sodass je ein Bus ab Stralsund über Rostock und ein Bus ab Hamburg nach Berlin fuhren.

An der Veranstaltung nahmen rund 1.000 Kolleginnen und Kollegen teil. Nach der Auftaktkundgebung am dbb forum in Berlin ging es über die Friedrichstraße und Leipziger Straße in die Wilhelmstraße



> Der Verhandlungsführer der dbb tarifunion, Frank Stöhr (Mitte), umringt von der Presse.



> Hamburger in Berlin.

zum Bundesfinanzministerium, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Höhepunkt dieser Kundgebung war die Rede unseres Bundesvorsitzenden Klaus H. Leprich, der mit frenetischem Beifall von den über 350 BDZ'ern begrüßt wurde.



> Klaus H. Leprich in seinem Element.

Auch in der dritten Verhandlungsrunde legten die Arbeitgeber kein Angebot, sondern lediglich eine Positionierung, auf den Tisch. Diese Positionierung hätte einen Reallohnverlust für das Jahr 2011 bedeutet. Die Gewerkschaften und auch die Arbeitgeberseite erklärten daraufhin, die Verhandlungen für gescheitert und riefen die Schlichtung an.

BDZ und dbb hatten während der Verhandlungen immer wieder betont, dass die Beamtinnen und Beamten nicht abgekoppelt werden dürfen und das Tarifiergebnis ohne Abstriche auf den Beamtenbereich zu übertragen ist.

Die Schlichtungskommission sprach am 25. Februar 2010 eine einvernehmliche Empfehlung aus. Danach soll im Janu-



> Bei der Abschlusskundgebung.

ar 2011 eine Einmalzahlung in Höhe von 240 Euro gezahlt werden. Ferner sollen die Gehälter in diesem Jahr um 1,2 %, ab Januar 2011 um weitere 0,6 % und ab August 2011 noch mal um 0,5 % linear steigen. Ferner gab die Schlich-

tungskommission Empfehlungen zu Strukturverbesserung im TVöD ab.

Am 27. Februar 2010 konnte auf der Grundlage der Schlichtungsempfehlung ein Tarifabschluss erreicht werden. ■

Außerordentliche Sitzung des Bezirkshauptvorstandes

Am 17. Februar trat der Bezirkshauptvorstand des BV Nord zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Neben unserem Ehrenvorsitzenden, Dieter Kubbe, und den Ehrenmitgliedern, Renate Ellerbrock und Bernhard Teichert, konnte der BV-Vorsitzende, Christian Beisch, auch den BDZ-Chef Klaus H. Leprich begrüßen. Kollege Leprich ließ es sich trotz eines engen Terminkalenders nicht nehmen an der Sitzung teilzunehmen.

Hauptgrund der Sitzung des Hauptvorstandes war die Wahl der Delegierten des BV Nord für den BDZ-Gewerkschaftstag im Oktober diesen Jahres. Die Bezirksleitung hatte anhand der Grundsatzbeschlüsse der letzten Hauptvorstandssitzung

einen Beschlussvorschlag zur Wahl der 15 Delegierten des BV Nord und die Vergabe der Gastdelegiertenplätze vorbereitet. Diesem Vorschlag stimmten die Mitglieder des Hauptvorstandes einstimmig zu.



> Blick ins Plenum.

In seinem Geschäftsbericht ging der BV auf die derzeitige Situation bei der Ausschreibung von A 9/A 9m+Z bewerteten Dienstposten ein. Es könne nach Auffassung des BV Nord nicht angehen, dass das BMF eine große, bundesweite

Beförderungsausschreibung in Aussicht stellt und tatsächlich nur eine Mini-Ausschreibung erfolgen soll. Dem Vernehmen nach wurde diese Mini-Ausschreibung im Rahmen einer Führungsklausur zwischen der Präsidentin und den Präsidenten der BFD'en, des BWZ und des ZKA beschlossen. Hintergrund soll der Bewertungspuffer (Differenz zwischen eingerichteten Dienstposten und vorhandenen Planstellen) von rund 40 % sein. Die Beschäftigten, die auf die Möglichkeit warten, sich auf einen Beförderungsdienstposten zu bewerben, fühlen sich nun endgültig hinter das Licht geführt. Erklären kann man diese Vorgehensweise niemanden mehr. Auch die Tatsache, dass das BMF so zentrale Fragen nicht mehr mit dem Hauptpersonalrat diskutiert, spricht Bände.

Auch das Thema Tarif- und Besoldungsrunde 2010 nahm einen breiten Raum ein. Der BV-

Vorsitzende zeichnete die bisherige Runde nach und ging auf die möglichen Szenarien nach der derzeit laufenden Schlichtung ein. Er dankte allen Kolleginnen und Kollegen, die sich an den Protestaktionen von BDZ und dbb tarifunion beteiligt haben.

Auch die Personalentwicklung der Tarifbeschäftigten war ein Thema. HPR und BDZ haben erreicht, dass das BMF erstmals Maßnahmen ergriffen hat, um die Tarifbeschäftigten zu fördern. Auch in diesem Jahr sollen weitere Maßnahmen in diese Richtung ergriffen werden.

Auch die Themen Auflösung der Hamburger Freizone, Neuregelung zur Übernahme der Frühstückskosten auf Dienstreisen sowie der Entwurf einer Bundesumzugskostenverordnung wurden intensiv diskutiert.

Da am 7. April diesen Jahres die Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen auf allen Ebenen stattfinden, war dies natürlich auch ein Thema für den Hauptvorstand. Der BV Nord hat gemeinsam mit unserem Nachbarn, dem BV Hannover, eine Liste für die Wahl der Bezirks-Jugend- und Auszubildendenvertretung (BJAV) eingereicht. Listenplatz 1 hat Christoph Maas, derzeit stellvertretender Vorsitzender der BJAV. Nach Ablauf der Einreichungsfrist für die Wahlvorschläge wurde der BV Nord darüber in Kenntnis gesetzt, dass neben der eingereichten BDZ-Liste keine weiteren Wahlvorschläge durch andere Gewerkschaften eingereicht wurden. Von daher wird am 7. April eine Personewahl durchgeführt werden. Für die Wahl zur Haupt-, Jugend- und Auszubildendenvertretung beim BMF wurden neben der BDZ-Liste drei weitere



> Der Bundesvorsitzende bei seinem Vortrag.

Listen eingereicht. Auch auf der Bundesliste ist der BV Nord mit drei Kandidaten gut vertreten.

Nach der Verabschiedung einiger Anträge zu den Themen Kinderbetreuung, Gleichstellungspläne und Berichtspflichten folgte ein Grundsatzreferat unsere Bundesvorsitzenden.

In seinem 2 ½-stündigen Grundsatzreferat ging Kollege Leprich auf alle wesentlichen Themen unserer Verwaltung ein. Zu Beginn ging er auf die derzeitige Lage der Zollverwaltung und die laufende Strukturreform mit all ihren Problemen ein. Natürlich war auch hier die Situation der A 9m/A 9m+Z bewerteten Dienstposten und die geplante bundesweite Stellenausschreibung Thema. Kollege Leprich stellte nochmals klar, dass an der verfahrenen Situation und den daraus entstandenen Ungerechtigkeiten weder der HPR noch der BDZ schuld sei. Die Schuld liege ausschließlich bei der Verwaltung. Anstatt die bisher entstandenen Ungerechtigkeiten zu heilen, schaffe das BMF durch seine aktuellen Ent-

scheidungen neue Ungerechtigkeiten.

Auch dem Thema Schnittstelle Zoll/Bundespolizei und den dazu veröffentlichten Presseberichten räumte er einen breiten Raum ein. Schon im Gespräch der Bundesleitung mit dem Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, machte dieser klar, dass nicht geplant sei, den Vollzugsbereich des Zolls in die Bundespolizei zu integrieren. Nach entsprechenden Veröffentlichungen im Spiegel stellte Staatssekretär Gatzer gegenüber dem BDZ-Bundesvorsitzenden nochmals klar, dass nicht geplant sei, den Zollvollzug in eine andere Behörde zu überführen. Der BDZ steht nach wie vor für die Einheitlichkeit der Zollverwaltung. Aus seiner europäischen Arbeit weiß Kollege Leprich, dass andere Zollverwaltungen auch gerne eine so gute Ausbildung und Aufgabenvielfalt, wie die deutsche Zollverwaltung, hätten.

Der BDZ wird sich weiterhin für laufbahn- und besoldungsrechtliche Verbesserungen einsetzen. So muss das Eingangssamt im mittleren

und gehobenen Dienst angehoben werden. Er bekräftigte auch nochmals die Forderung nach einer Dienstpostenbewertung für Spitzenämter des mittleren Dienstes von Besoldungsgruppe A 9m–A 11. Auch die Spitzendienstposten des gehobenen Dienstes müssten von A 13–A 15 bewertet werden. Bayern hat als erstes Bundesland entsprechende Regelungen für seine Bediensteten geschaffen. Dies müsse nun auch der Bund nachholen.

Auch in der Frage nach einer besonderen Altersgrenze zum Eintritt in den Ruhestand für Vollzugsbedienstete bezog Leprich klar Stellung: Auch für die Beschäftigten des Zollvollzugs muss die besondere Altersgrenze eingeführt werden.

Zum Abschluss seines Vortrages ging der BDZ-Chef auf die laufende Tarifrunde ein. Er dankte den Mitgliedern des BV Nord für die rege Teilnahme an den Warnstreik- und Protestveranstaltungen.

Gegen 17.00 Uhr beendete der BV-Vorsitzende eine arbeitsreiche und interessante Sitzung. ■

Ich genieße(?) die Freistellungsphase der Altersteilzeit, jetzt hab ich viel Zeit, was mach ich bloß?

Seit ein paar Jahren (31. Juli 2006) hab ich nur noch frei. Super! Super? Na, es kamen mir schon ein paar Gedanken. Obwohl ich in Haus und Garten und mit Family viel um die Ohren habe, hatte ich das Gefühl, es ist ewig Sonntag, Feiertag oder Urlaub. Ich wachte noch manchen Morgen auf und dachte: „Mist, jetzt hast du verschlafen“. Ein Kribbeln im Bauch stellte sich ein, bis ich wieder wusste: „Alles OK, du musst ja gar nicht los“.

Also hab ich mir überlegt, es muss etwas Adäquates her, wo ich mich sinnvoll einbringen könnte.

Ehrenamtlich natürlich. Nach ein paar Fehlschlägen: ich wollte ja nicht, dass ich Arbeit übernahm, die gut einen bezahlten Arbeitsplatz abgeben könnten. Z. B. in der Altenpflege oder Bibliotheksdienst in sozialen Einrichtungen, oder im Museum o. ä. Deshalb hab ich mich beim WEISSEN RING in Hamburg gemeldet und bin dort Mitarbeiterin geworden.

Der WEISSE RING ist ein gemeinnütziger Verein, der sich um die Opfer von Gewalt- und Kriminalität kümmert. Er wurde in den siebziger Jahren von Eduard Zimmermann (Moderator und Erfinder der Fernsehsendungen Nepper, Schlepper, Bauernfänger und Aktenzeichen XY) gegründet. Der WEISSE RING ist dreistufig organisiert: die Zentrale befindet sich in Mainz.

Das Landesbüro in Hamburg ist in Winterhude zu finden und hat acht Außenstellen. Die



Außenstellen sind nach den Postleitzahlen eingerichtet und arbeiten selbstständig an den Opferfällen. Außerdem geben die Außenstellen uns allen die Gelegenheit sich auszutauschen und sich Ratschläge zu holen.

In Hamburg haben wir 2.342 Mitglieder, darunter Größen aus Politik wie z. B. Senator Christoph Ahlhaus, dem Showbusiness, Jan Fedder, dem Sport Fabian Boll vom FC St. Pauli und der Industrie als Sponsoren z. B. Albert Darboven und die Firma Dr. Oettker. Bundesweit sind es ca. 60.000 Mitglieder.

Der W. R. hat mittlerweile 75 ehrenamtliche Mitarbeiter/innen in Hamburg und bundesweit ca. 3.000. Sie spenden dem Verein jährlich über 14.000 Stunden ihrer freien Zeit. Dies entspricht in etwa 1.800 Arbeitstage von jeweils acht Stunden. Die Ausbildung der Mitarbeiter/innen übernimmt der W. R. in eigener Regie, dafür gibt es Seminarstätten an verschiedenen Standorten in der Bundesrepublik. Irgendwie ist es ähnlich wie beim BDZ.

Die Hilfe für die Opfer findet auf vielfältige Weise statt. In jedem Fall wird auf die individuelle Situation des Opfers eingegangen.

Seit Bestehen des WEISSEN RINGES konnten in Hamburg 22.334 Opfern und ihren Familienangehörigen mit finanzieller Unterstützung geholfen werden, davon im Jahr 2008 1.541 Menschen. Bundesweit waren es 235.025 Opferfälle, 2008 15.757 Menschen.

Seit Bestehen wurden für die Hilfen in Hamburg rund 8,115 Millionen Euro ausgegeben, davon 2008 0,429 Millionen. Bundesweit waren es insgesamt 100,19 Millionen, davon 2008 5,11 Millionen.

Diese Gelder kommen nur durch Spenden, Mitgliederbeiträgen und manchmal durch Geldstrafen nach einem Gerichtsverfahren zusammen.

Es werden durch den WEISSEN RING auch Projekte unterstützt, die das Ziel haben, die Kinder und Jugendlichen von der Straße zu holen und sie auch an Regeln zu gewöhnen.

In Hamburg werden u. a. Projekte wie:

- > Box Out an Schulen,
- > Hockey in der Freizeit,
- > Fußballcamps,
- > Trommeln, Musik mit Stefan Gwildis (Sänger), der den W.R. mit seinem Hamburger Fanclub auch sonst sehr stark unterstützt, angeboten.

Die Ziele des W.R. sind:

- > Hilfe für die Kriminalitätsoffer
- > Prävention
- > Schadenswiedergutmachung/Täter-Opferausgleich
- > Gesetzesänderungen zu Gunsten der Opfer

Dies beinhaltet:

- > Persönliche Betreuung, menschliche Ansprache, für das Opfer da sein
- > Hilfestellung bei Behörden
- > Wenn notwendig Erholungsmöglichkeiten
- > Beratungsscheck für eine posttraumatische Erstberatung und Rechtsberatung
- > Begleitung zu Gerichtsterminen
- > Hilfe für Kontaktaufnahme zu anderen Organisationen

Der Verein setzt sich für ein besseres gesellschaftliches Verständnis für die Opfer einer Straftat ein.

Er fordert u. a. von Politik und Justiz in sozialer und rechtlicher Hinsicht Schadenswiedergutmachung. Vieles hat er schon erreicht, aber es könnte natürlich noch besser werden.

Ich habe also meine Nische gefunden, in der ich mich sinnvoll betätigen kann. Ich würde jeder/m Kollegin/Kollegen wünschen und auch raten sich ebenfalls rechtzeitig ein neues Betätigungsfeld zu suchen. Denn nur viel Zeit zu haben, macht nicht immer zufrieden.

Sigrid Jürgensen

Eilzuständigkeit

Im April 2008 startete der BV Nord eine Initiative zur Übertragung der Eilzuständigkeit für unaufschiebbare Maßnahmen bei polizeilichen Gefahrenlagen auf die Vollzugsbeamtinnen und -beamten der Zollverwaltung. Dabei sollte in enger Zusammenarbeit mit den politischen Mandatsträgern in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern das Ziel des Bezirksverbandes erreicht werden. Kurz vor der damaligen Initiative hat der Bezirksverband Nordbayern eine Übertragung der Befugnis auf Zollvollzugskräfte in Bayern erreicht.

Jetzt hat das BMF zur Übertragung der Eilzuständigkeit auf unsere Kolleginnen und Kollegen einen Erlass herausgegeben. Das BMF stellte zum Einschreiten bei polizeilichen Gefahrenlagen Folgendes klar (Erlass vom 8. Januar 2010, III A 3 – SV 4001/05/0012): In Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern wird die Eilzuständigkeit für Zollbeamtinnen und Zollbeamte mit vollzugs-polizeilichen Aufgaben durch den Landesgesetzgeber abgelehnt. In Schleswig-Holstein haben Zollvollzugskräfte nach dem Landespolizeigesetz bereits die Eilzuständigkeit.

Bei der Erledigung ihrer Aufgaben treffen unsere Kolleginnen und Kollegen auf Situationen, die ein präventiv-polizeiliches oder repressiv-polizeiliches Handeln erfordern könnten. So kann nach dem gesunden Menschenverstand einem erkennbar alkoholisierten Fahrer im Normalfall die Weiterfahrt mit seinem Pkw nicht mehr gestattet werden. Kein Beschäftigter der Zollverwaltung wird das Risiko eingehen, dass ein betrunkenen Fahrzeugführer

wohlmöglich einige Zeit später einen Unfall verschuldet und vielleicht noch einem Menschen einen schweren gesundheitlichen Schaden zufügen könnte. Genauso würde unter Normalbedingungen einem Fahrzeugführer, der mit Haftbefehl gesucht wird, die Weiterfahrt verwehrt werden. Zu bemerken ist, dass solche Sachverhalte während einer Zollkontrolle festgestellt würden und darauf zielt die Übertragung der Eilzuständigkeit auf unsere Kolleginnen und Kollegen ab. Dabei darf der „Kunde“ nur solange festgehalten werden, wie es die Zollkontrolle zulässt. Wird derjenige länger festgehalten, ist dies rechtswidrig. Die Kolleginnen und Kollegen handeln hier ohne Rechtsgrundlage, da eine entsprechende Befugnis durch das Landespolizeigesetz nicht eingeräumt ist. Die zeitliche Ausdehnung einer bereits abgeschlossenen Zollkontrolle ist nicht zulässig. D. h. unsere Kolleginnen und Kollegen machen sich dann u. U. strafbar mit allen daraus resultierenden Folgen.

Der Erlass stellt klar, dass in solchen Fällen die Landespolizei zu unterrichten ist. Erfolgt eine Übernahme durch die Landespolizei bis zur Beendigung der zollrechtlichen Maßnahme nicht, kann die Weiterfahrt der Person nicht untersagt werden.

Jetzt kann sich jeder vorstellen, wie sich der Kollege oder die Kollegin vor Ort fühlen, wenn ein erkennbar Betrunkener oder ein offensichtlicher Straftäter fahren gelassen werden muss. Dies erfolgt nur aufgrund der fehlenden Befugnis und wenn die Person **nicht** bis zur Beendigung der Zollkon-

trolle durch die Landespolizei von unseren Kolleginnen und Kollegen übernommen wurde. Wer trägt hier die Schuld, wenn aufgrund dieser Tatsache im Nachhinein irgendetwas passiert. Wer hat die moralische Schuld, vielleicht einen Mörder, Vergewaltiger oder andere Straftäter aufgrund der fehlenden Befugnis seines Weges ziehen lassen zu müssen.

➤ Die Schuld tragen nicht die Beschäftigten der Zollverwaltung

Die Situation ist für alle Beschäftigten im Vollzugsbereich unbefriedigend. Zurzeit scheint aufgrund des o. a. Erlasses keine Änderung in Sicht zu sein. Wir dürfen hier aber

nicht den Kopf in den Sand stecken. Unser Ziel muss es sein, in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern eine Rechtslage zu schaffen, die einerseits dem Sicherheitsbedürfnis der Zollvollzugskräfte gerecht wird und andererseits eine effektive Strafverfolgung gewährleistet. Hier muss zu gegebener Zeit mit den entsprechenden parlamentarischen Kräften der Länder wieder das Gespräch gesucht werden und auch mit Hilfe des dbb beamtenbund und tarifunion die Kontakte ausgebaut und der Druck weiter aufgebaut werden, damit diese schlimme Sicherheitslücke schnellstmöglich geschlossen wird.

Jens-Uwe Adler

➤ Termine und Veranstaltungen im BV Nord

- 11. 3. 2010, 16.30 Uhr: Jahreshauptversammlung des OV Hamburg-Zollfahndung, Zollfahndungsamt Hamburg.
- 18. 3. 2010, 17.00 Uhr: Jahreshauptversammlung des OV Kiel, Vereinsheim der Marinekameradschaft, Düsternbrooker Weg, Kiel.
- 23. 3. 2010, 16.15 Uhr: Jahreshauptversammlung des OV Hamburg-Jonas, pic a deli, Hammerbrookstraße 92, 20097 Hamburg.
- 24. 3. 2010, Jahreshauptversammlung OV Flensburg, die Einzelheiten werden rechtzeitig durch den OV bekannt gegeben.
- 6. 4. 2010, 15.00 Uhr: Mitgliederversammlung des OV Hamburg-Ruhestand, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 22357 Hamburg.
- 8. 4. 2010, 15:00 Uhr: Zusammenkunft der BDZ-Senioren Kiel, Vereinsheim der Kanu-Vereinigung Kiel e. V., Düsternbrooker Weg 44, 24105 Kiel, Telefon: 04 31/56 66 74.
- 3. 5. 2010, 15.00 Uhr: Mitgliederversammlung des OV Hamburg-Ruhestand, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 22357 Hamburg.
- 20. 5. 2010, 17.00 Uhr: Jahreshauptversammlung des OV Lübeck-Stadt, Restaurant Bootshaus LRG, Hüxtertorallee 4, 23564 Lübeck.
- 7. 6. 2010, 15.00 Uhr: Mitgliederversammlung des OV Hamburg-Ruhestand, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 22357 Hamburg.

OV Hamburg – Ruhestand

In der letzten Ausgabe des Regionalmagazins Nord hat sich der OV anlässlich seiner Jahreshauptversammlung am 2. November 2009 bereits zu Wort gemeldet und über unterschiedlichste Themen, Veranstaltungen und gemeinschaftliche Unternehmungen berichtet.

Von besonderem Interesse waren die beiden mehrtägigen Städtereisen nach **Leipzig** im Januar und nach **Berlin** im November des vergangenen Jahres.

Leipzig wird seinen Platz in der deutschen Geschichte aufgrund der Ereignisse im Jahre 1989 auf Dauer behalten, denn niemand konnte damals erwarten, dass die gewaltigen Montagsdemonstrationen entscheidend zum Mauerfall beitragen werden. Es überrascht deshalb nicht, dass unsere Gruppe während der Führungen durch Stadt und Nikolaikirche auf Personen traf, die authentisch über die politischen Ereignisse jeweils aus ihrer Sicht berichten konnten. Als Zuhörer fühlte man sich in die zurückliegenden Ereignisse einbezogen und empfand die Spannung, die damals in der Stadt allgegenwärtig gewesen sein muss.

Dieses Empfinden war besonders während der Führung durch die Nikolaikirche spürbar, wenn man sich die Rolle dieser Gemeinde während der Demonstrationstage vergegenwärtigte und vor einem ehemaligen Mitglied des damaligen Kirchenvorstandes stand, damals etwa 25 Jahre alt. Immer die bange Frage im Hintergrund, wie reagiert die Staatsmacht, vertreten durch die Staatssicherheit, deren Sitz nur wenige Meter entfernt war.

Die letzte Station war ein Besuch im Leipziger Forum, eröffnet im Jahre 1999, in dem die ehemalige DDR seit ihrer Gründung in beeindruckenden Bildern dargestellt ist. Hier bekam man als Besucher den Beweis geliefert, dass eine emotional geprägte Führung gar nicht möglich ist, wenn das unmittelbare Erlebnis zur Geschichte fehlt; unsere Begleiterin durch das Forum war zur Wendezeit etwa fünf Jahre alt.

Neben der Stadtrundfahrt und Besuch der Nikolaikirche waren weitere Programmpunkte: Besuch des Bundesverwaltungsgerichtes, Opernhausführung, Konzertbesuch Thomanerchor in der Thomaskirche, begleitet vom Gewandhausorchester und Besuch des Kabarets „Leipziger Pfeffermühle“. Es war für jeden etwas dabei und Freizeit zur eigenen Tagesgestaltung wurde bei der Reisevorbereitung auch berücksichtigt.

Leipzig hat in der Nähe des Hauptbahnhofs gute Hotels mit günstigen Angeboten und von hier kann die gesamte Innenstadt ohne öffentliche Verkehrsmittel kurzläufig erkundet werden.

An der Reise vom 29. Januar bis 1. Februar 2009 nahmen 38 Personen teil. Die organisatorischen Vorbereitungen haben einen langen Zeitraum in Anspruch genommen, weil der Thomanerchor auf jeden Fall zum Programm gehören sollte. Als dieser Termin bekannt war, stand dem Vorhaben auch etwas Glück zur Seite, denn für die Gruppe konnte ein Hotel mit dem Angebot 3:2 (3 Übernachtungen, 2 bezahlen) gebucht werden und

eine rechtzeitige Anmeldung bei der Deutschen Bahn gewährleistet den günstigsten Gruppenrabatt. Gut Ding braucht eben Weile!

Nach der erfolgreichen Leipzig-Reise waren einige Stimmen unüberhörbar, die eine Fahrt nach Berlin ins Gespräch brachten. Der Vorstand ging dem Vorschlag sofort nach, denn es war das Jahr der Bundestagswahl und als zusätzliches Ereignis der Mauerfall vor 20 Jahren am 9. November 2009. Ohne Frage, eine reizvolle Aufgabe, also ran ans Werk. Von Anfang an war ein wenig „Monopoly“ dabei. Es wurden für diese Reise innerhalb von etwa acht Tagen 42 Meldungen abgegeben. Genau diese Zahl konnte bei der Programmauswahl auch berücksichtigt und die vorab bei der Deutschen Bahn angemeldete Gruppenreise erneut zum günstigsten Tarif fest für diese Teilnehmerzahl gebucht werden.

Der Programmablauf in Berlin konnte im März 2009 gerade noch rechtzeitig gebucht werden:

Besuche im Auswärtigen Amt und Bundesfinanzministerium am 9. November, Besuch beim Deutschen Bundestag/Reichstagsgebäude und Paul-Löbe-Haus/Bundestag am 10. November, Besichtigung des Bundeskanzleramtes und Geschäftsräume der Bundesleitung des BDZ in der Friedrichstraße am 11. November 2009.

Dem Vorstand ist es gelungen, über einen MdB der CDU einen Reisezuschuss bei der Bundestagsverwaltung zu beantragen und auch zu erhalten, weil eine Reihe von Voraussetzungen hierzu seitens der Gruppe erfüllt werden konnten.

Soweit war alles in „trockenen Tüchern“, aber es fehlte ein kostengünstiges Hotel. Ein banges Warten von 3 bis 4 Monaten und kräftiges Dauermendrücken von allen Beteiligten hat schließlich geholfen. Unmittelbar nach der Herausgabe des Winterkataloges war auch die letzte Buchung erfolgreich abgeschlossen. Die Reise stand!

Die Gruppe hat wunderbare Tage in Berlin verlebt und der Aufenthalt wird noch lange in Erinnerung bleiben. Wir hatten das einzigartige Glück, die erste Plenarsitzung nach den beendeten Koalitionsverhandlungen mit der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin 50 Minuten lang von der Tribüne aus zu erleben. Eine Sternstunde im Deutschen Bundestag; so etwas ist nicht planbar!

An die mehrstündige Führung im BMF wird auch noch lange gedacht werden. Kollege Uwe Pakull hat uns über die Geschichte des Hauses von 1932 bis heute sehr anschaulich, engagiert und kompetent mit viel historischem Hintergrundwissen berichtet.

Zum Schluss ein Dankeschön an unseren Kollegen Christof Stechmann, der uns am Bundeskanzleramt abholte, durch die Bundesgeschäftsstelle bereitwillig führte und dafür sorgte, dass vor der Heimreise noch eine gute und preiswerte Mahlzeit eingenommen werden konnte.

Nun schauen wir gespannt in die Zukunft, denn die nächste mehrtägige Reise führt die Mitglieder des OV erstmalig mit dem Bus an die „Straße der Romantik“, Standort Quedlinburg vom 26. April bis 29. April 2010.

Dieter Elsner

Alle Jahre wieder ...

Am 14. Januar 2010 fand die Jahreshauptversammlung des OV Hamburg-Hafen statt. Diesmal standen die Wahlen des Vorstandes auf der Tagesordnung. Als Gast konnte der Vorsitzende, Jens-Uwe Adler, den Bezirksvorsitzenden Christian Beisch begrüßen. Alle Anwesenden waren auf die Ausführungen von Christian Beisch gespannt, da er gerade von der Jahrestagung des dbb beamtenbund und tarifunion kam und Neues zur aktuellen Politik und Lage des öffentlichen Dienstes berichten konnte.

Die Versammlung wurde durch Adler mit der Begrüßung der Anwesenden und des Gastes eröffnet. Im Folgenden stellte der Rechnungsführer des OV, Holger Riemann die satzungsgemäße Einberufung und die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder fest. Anschließend folgten die Berichte des Vorstandes durch den Vorsitzenden, Jens-Uwe Adler und den Rechnungsführer.

In seinen Ausführungen über die Arbeit im vergangenen Jahr ging Adler auf verschiedene Aspekte der Gewerkschafts- und Personalratsarbeit ein. Die jüngste Aktion des OV wurde als Erstes dargestellt. Seit vielen Jahren macht der OV nun schon traditionell Silvester die Berliner-Aktion. Am letzten Tag des Jahres rückt der OV, wenn die Frühschicht in der Freizone ihren Dienst beendet hat, aus und verteilt bei den noch geöffneten Dienststellen für die Kolleginnen und Kollegen des Spät- und Nachtdienstes Berliner und Kaffee. Diese Aktion ist mittlerweile nicht mehr aus der Arbeit des OV Hamburg-Hafen wegzudenken. Gegen 14 Uhr haben Katrin Hinkeldey und Jens-Uwe Adler die geöffneten Dienststellen besucht, um die Berliner an die Kolleginnen und Kollegen zu verteilen. Auch Silvester 2010 werden wir wieder Berliner verteilen.

Anfang Dezember haben wir Adventskalender des BDZ im Hamburger Hafen an die Kolleginnen und Kollegien verteilt. Diese Geste des BDZ kam bei den Beschäftigten sehr gut an. Trotz der Vielzahl der räumlich auseinanderliegenden Dienststellen und Liegenschaften haben wir es geschafft, die Beschäftigten an zwei Abenden mit den Weihnachtskalendern zu versorgen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit im Ortsverband ist die Öffentlichkeitsarbeit mit dem Medium Hafenkurier und Internet. Der OV hat seit 2002 eine eigene Homepage und versorgt alle Kolleginnen und Kollegen regelmäßig mit aktuellen Informationen. Auch im Jahr 2009 hat der OV zahlreiche Hafenkuriere zu den verschiedensten Themen herausgegeben.

Ein weiterer Aspekt war der Besuch des Bundesvorstands des BDZ im Juni 2009 in Hamburg. Einen Abend hat der Bundesvorstand den Hamburger Hafen besucht und der OV-Vorsitzende stellte den Bundesvorstandsmitgliedern den Bezirk des HZA Hamburg-Hafen und verschiedene seiner Liegenschaften vor. Außerdem wurden auch verschiedene Probleme und Umstände des Bezirks angesprochen.

In Waltersshof begrüßten der Vorsteher des Zollamts, Herr Schrader, in Vertretung für den verhinderten HZA-Vorsteher und Herr Manow, Leiter der Containerprüfanlage (CPA) und Kollege Kühl, Schichtleiter bei der CPA, die Mitglieder des Bundesvorstandes. Herr Schrader stellte den Zollamtsbezirk vor. Die Kollegen stellten die CPA vor und zeigten den Mitgliedern des Bundesvorstandes den Röntgentunnel sowie den Bildauswerteraum. Herr Manow und Herr Kühl erläuterten außerdem die prakti-



> Der alte und neue OV-Vorsitzende Jens-Uwe Adler

sche Durchführung eines Durchleuchtungsvorgangs.

Weiter ging Adler auf verschiedene Aspekte der Personalratsarbeit ein.

Ein weiteres Thema ist der bevorstehende Umzug der Stabsstelle und des Sachgebietes A des HZA Hamburg-Hafen vom Veddel Damm in die Wendestraße (City-Süd). Nach diesem Umzug würde sich ein Umbau für die Zwecke des Sachgebietes C und der Umzug von der Zweibrückenstraße zum Veddel Damm des Sachgebietes C anschließen. Wie aus der Versammlung angeführt wurde, steht der Umzug der Stabsstelle und des SG A im Moment unter dem Vorbehalt der vorläufigen Haushaltsführung und man hofft, dass in der Zwischenzeit der Vermieter nicht abspringt. In einem solchen Fall wäre der Umzug der Stabsstelle und des Sachgebietes A hinfällig. Ein weiterer Punkt in dem Bericht war die Problematik der Zollhauptsekretäre, die im Freigabeerlass bis 804 erfasst sind und derzeit keinen Beförderungsdienstposten erhalten. Inhaltlich hat Christian Beisch später dazu intensiv Stellung bezogen und die Hintergründe erläutert.

Der Ortsverband hat weiter auf die Umsetzung der Erhöhung des Schichtdiensturlaubs auch in unserem Bezirk appelliert und gedrängt, damit die auf Bundesebene von BDZ und dbb durchgesetzte Erhöhung auch bei den Kolleginnen und Kollegen ankommt. Wie wir auf unserer Jah-

reshauptversammlung aus dem Teilnehmerkreis erfahren haben, soll die Erhöhung auch für die Beschäftigten im HZA Hamburg-Hafen wie von uns gefordert, umgesetzt werden.

Ein weiterer Punkt war die Ausnahmeregelung zur vorzeitigen Anstellung durch den Bundespersonalausschuss. Hierüber wurde auch im BDZ Magazin ausführlich berichtet.

Nach dem Bericht des OV-Vorsitzenden Jens-Uwe Adler standen die Wahlen auf der Tagesordnung. Das Amt des Wahlleiters wurde wie in den letzten Jahren in die bewährten Hände von Christian Beisch gelegt. Neuer und alter Vorsitzender des Ortsverbandes Hamburg-Hafen wurde Jens-Uwe Adler. Zu seinen Stellvertretern wurden gewählt: Katrin Hinkeldey, Gernot Baur, Christian Berzl, Gerd Wilck, Bianca Hantzsch und Stephan Reitzig. Christian Berzl ist neu in das Team dazugestoßen und dienstlich bei der Abfertigung Ericus tätig. Als Rechnungsführer wurde Holger Riemann wieder gewählt. Rechnungsprüfer wurden Ingrid Thömen und Achim Swarat.

Nach den Wahlen begann der Vortrag von Christian Beisch. Er hat sich zu Beginn seiner Ausführungen ausdrücklich beim Ortsverband Hamburg-Hafen für die Unterstützung und Führung beim Besuch des Bundesvorstandes im Juni 2009 bedankt. In seinen weiteren 1 ½-stündigen Ausführungen ging er auf aktuelle Themen der Gewerkschaftspolitik und der aktuellen Tarifrunde von Bund und Kommunen ein. Er kündigte für den 9. Februar 2010 eine Demonstration vor dem BMF in Berlin an und warb in unserem Kreis für eine zahlreiche Teilnahme. Wir verzichteten hier auf eine weitere inhaltliche Darstellung seines Vortrages. Die Inhalte können in der letzten und der aktuellen Ausgabe des Informationsblattes des BV Nord nachgelesen werden.

Jens-Uwe Adler